

Pressemitteilung des Bündnisses Defend Kurdistan

Frankfurt am Main, den 12. 12. 2024

Eskalation in Nord- und Ostsyrien: Bündnis ruft zu Lichterdemonstration zur Solidarität mit der kurdischen Selbstverwaltung auf

Das Bündnis „Defend Kurdistan – Frankfurt“ ruft für Samstag, den 14.12.24, 17:00 Uhr zu einer regional übergreifenden Lichterdemonstration mit dem Titel „Licht für Rojava – Frieden für Syrien“ auf. Die Demonstration findet zeitgleich zum internationalen Aktionstag zur Solidarität mit der Selbstverwaltung und den Völkern in Syrien statt. Dieser weist in zahlreichen Formen auf die aktuellen Kämpfe in Syrien und die Angriffe auf die Demokratische Autonome Administration von Nord- und Ostsyrien (DAANES) hin. Die Demoroute beginnt am Südbahnhof und verläuft über den Willy-Brandt-Platz bis zum Rossmarkt.

Die Situation in Nord- und Ostsyrien hat sich parallel zum Sturz des Assad-Regimes durch die islamistische Miliz HTS (Hay'at Tahrir al-Sham) dramatisch verschärft:

Die Gebiete der Kurd*innen und die DAANES werden von der protürkischen, islamistischen Söldnerarmee, der Syrian National Army (SNA), angegriffen. In den Gebieten der DAANES wird seit 2014 ein einzigartiges demokratisches, multiethnisches und multireligiöses Gesellschaftssystem aufgebaut und gelebt. Auch deshalb, wird es von reaktioären Kräften angegriffen, länger schon für der Türkei. Im Gegensatz zur HTS, welche sich bisher noch relativ moderat zeigt, geht die SNA ohne Rücksicht auf Zivilbevölkerung und brutal mordend vor. Die Türkei unterstützt die SNA nicht nur logistisch und finanziell, sondern auch mit Angriffen aus der Luft. Auch Deutschland stimmte dem Verkauf von 40 Eurofighter an die Türkei zu.

Die Offensive der HTS und SNA, die in den vergangenen Tagen begann, führte zu der Einnahme von Aleppo und schließlich auch von Damaskus. Im Norden wurde zuletzt die Stadt Manbij eingenommen, nun ist Kobanê in Gefahr (Stand: 12.12.24). Kobanê ist die Stadt, die 2014 zum ersten Mal den Islamischen Staat besiegt hat. In Kobanê haben unzählige Menschen ihr Leben gelassen, damit überall Menschen in Freiheit leben können. Kobanê kann jetzt nicht von Islamisten mit deutschen Waffen eingenommen werden. Diese Angriffe müssen gestoppt werden.

Die Angriffe konzentrieren sich nun auf die Region Şehba und die Stadt Tel Rifat, wo Hunderttausende Flüchtlinge, die 2018 aus Afrîn vertrieben wurden, erneut der Gefahr willkürlicher Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind. Bereits jetzt mussten rund 200.000 Menschen aus Tel Rifat über einen 150 Kilometer langen Korridor in die Kantone Tabqa und Raqqa fliehen. Die Versorgung der in Schutzsuchenden ist schlecht und tausende Menschen müssen hungern und frieren.

Die Angriffe auf die demokratische Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien, mit ihren multiethnischen und -konfessionellen Strukturen, zielen auch direkt auf die Zivilbevölkerung ab, die in den von der SNA besetzten Gebieten akut Menschenrechtsverletzungen befürchten müssen. Schon jetzt verbreiten sich Bilder von Tötungen und Verschleppungen. Deutschland unterstützt diese islamistischen Terrormilizen direkt durch die massiven Waffenlieferungen an die Türkei und trägt daher Mitschuld an der aktuellen Situation.

Dass Politiker*innen unmittelbar nach dem Umsturz in Syrien über Abschiebungen sprechen und das BAMF die Entscheidungen über Asylgesuche von Syrer*innen aussetzt, zeigt die Unverfrorenheit, besonders angesichts der anhaltenden Kämpfe in Nord- und Ostsyrien. Es braucht stattdessen einen Abschiebestopp für alle Syrer*innen und die Verlängerung der Aufnahmeprogramme.

Armin Ohl, ein Sprecher des Bündnisses Defend Kurdistan – Frankfurt dazu: „Ein Erfolg der türkisch-islamistischen Kräfte würde nicht nur das Leben der Menschen vor Ort gefährden, sondern auch die gesamte Region zu einer unkontrollierbaren islamistischen Basis wandeln, dessen Einfluss weit über die Region hinaus zur Bedrohung menschlichen Lebens würde.“

Die internationale Staatengemeinschaft muss jetzt handeln, um zu verhindern, dass eine Wiederholung der Bedrohung zum Machthöhepunkt des sogenannten Islamischen Staates stattfindet.“

Armin Ohl führt fort: „Der Angriff ist der nächste Schritt der antikurdischen und antidemokratischen Politik, die die Türkei weiter vorantreibt. Das muss gestoppt werden – dazu gehört auch, dass Bündnispartner der Türkei, wie Deutschland, nicht mehr länger wegsehen und Waffenlieferungen an die Türkei beenden. Wer die SNA unterstützt, macht sich an diesem Verbrechen mitschuldig.“

Das Bündnis Defend Kurdistan – Frankfurt fordert einen sofortigen Stopp der Waffenlieferungen an die Türkei, die Anerkennung der Demokratischen Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien, die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die Menschen auf der Flucht, die Öffnung des Grenzübergangs zum Nordirak sowie eine langfristige Garantie, dass keine Menschen nach Syrien abgeschoben werden.

Wir laden herzlich zur Teilnahme an der Lichterdemonstration am 14.12.24, 17:00 Uhr am Südbahnhof ein. Der Aufruf wurde bereits von knapp 50 Organisationen unterschrieben. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Pressekontakt:

Leyla Beyaz & Armin Ohl

defendffm@outlook.de